



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Fortschrittsverein in Sachsen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Der Fortschrittsverein in Sachsen.

In Sachsen ist im Grunde jeder politische Verein, welches auch seine Tendenz sei, ein Fortschrittsverein; denn in einem Lande, welches seit dreizehn Jahren an den deutschen Dingen nur Theil nahm, insoweit sein Organ, der Herr v. Beust dies that, übrigens aber als politisch tod par excellence mit Recht galt, ist jede politische Bewegung ein Gewinn. Wir haben aber trotzdem nicht im Sinne, unter obiger Ueberschrift den conservativen Verein zu besprechen, welcher sich neuerdings in Leipzig gebildet hat, und welcher es sich gefallen lassen mußte, in der Augsb. Ztg. denuncirt zu werden, daß ein angesehenener Mann, aufrichtiger Anhänger der Regierung, aber in manchen Richtungen einem gemäßigten Freisinn ergeben, den Zutritt nicht erlangen konnte. Wir meinen vielmehr den Fortschrittsverein, so zu sagen im technischen Sinne des Wortes, welcher soeben gegründet worden ist. Es ist ein fast stereotyper Weg, den die Entwicklung der Dinge in den einzelnen deutschen Ländern nimmt, der Weg, den zuerst die preussischen Abgeordneten und ihre Freunde gewiesen haben, die Errichtung einer Fortschrittspartei für das einzelne Land neben dem Nationalverein für das gesammte Vaterland, den seitdem mehre süddeutsche Staaten mit Glück betreten haben, und auf dem nunmehr Sachsen endlich gefolgt ist. Allerdings sind die Verhältnisse, aus denen die Parteibildung geworden ist, nicht überall dieselben, und der Schwerpunkt ist daher bei den Fortschrittsvereinen der einzelnen Staaten ein sehr verschiedener. In Preußen waren es hauptsächlich Gegensätze des innern Staatslebens, namentlich aber der Gegensatz zum Ministerium der Altliberalen, welcher die Bildung der Fortschrittspartei hervorrief, während der nationale Gedanke in der Parteibildung keinen charakteristischen Ausdruck fand; daher denn auch hervorragende Mitglieder der Partei in der deutschen Frage einem wesentlich anderen Standpunkte angehören, als die Mehrzahl. In Bayern dagegen sind es weniger innere staatliche Fragen, welche den Trennungspunkt bilden, vielmehr ist es fast ausschließlich die nationale Frage und im engsten Zusammenhange damit die Frage des französischen Handelsvertrags. Dem erlittenen Drucke in inneren Dingen, wie dem Gegensatze zur Regierung in der nationalen Frage zugleich danken die Fortschrittsvereine in den Staaten wie Darmstadt, Würtemberg, Nassau ihre Entstehung. So mannigfaltig aber auch diese Ursachen sein mögen, ein gemeinschaftlicher Gedanke spricht sich in der Gründung aller dieser Vereine aus, die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, der allgemeinen nationalen Parteibildung für die einzelnen Staaten eine be-

sondere Form zu geben, gewissermaßen den abstracten Parteimenschen zum concreten zu erheben. Freilich kann man ein Bedauern nicht unterdrücken, wenn man diese Nothwendigkeit einräumt; leider ist aber das allgemeine nationale Ziel noch so entfernt, daß seine Behandlung noch unter die Kategorie abstracter Politik zu gehören scheint, und leider sind alle concreten Fragen der Verfassungs- und Verwaltungspolitik noch particularistisch, aber ein Bedauern kann die Wahrheit nicht aufheben. Auch in Sachsen machte sich diese Nothwendigkeit fühlbar; denn wenn auch in Leipzig, und zum Theil auch in Dresden und Chemnitz, der Nationalverein auch für die inneren, staatlichen und städtischen Fragen, eine Bedeutung erlangt hatte, so bedurfte es doch für das übrige Land unbedingt einer neuen Parteibildung, welche sich auf den sächsischen Verhältnissen und für diese aufbaute. Und zwar bot sich für Sachsen außer jenen beiden Gesichtspunkten noch ein dritter: eben der, nur überhaupt vorerst politisches Leben wieder in Sachsen zu wecken, und alle genauer begrenzte Parteibildung der Zukunft zu überlassen, und es hat in der That nicht an wohlmeinenden und tüchtigen Männern gefehlt, welche die Einhaltung dieses Gesichtspunktes befürworteten.

Die nächste Veranlassung, welche endlich nöthigte, politisch zu denken und zu handeln, war durch die demnächst bevorstehende theilweise Erneuerung der sächsischen zweiten Kammer geboten. Wie in diesem Blatte früher berichtet worden, hatte die vom vorigen Landtage genehmigte Wahlreform, welche die Sühne für die Juniverordnungen von 1850 hatte gewähren sollen, nur wenige Abänderungen des Bestehenden gebracht. Festgehalten war am Ständepincip, am Bezirkszwang, an den neunjährigen Wahlperioden, nur in Bezug auf den Censur, das Erforderniß der Ansässigkeit, den Stand des zu wählenden Abgeordneten u. waren einige Erleichterungen geschaffen worden; außerdem wurde eine Vermehrung der Vertreter des Fabrik- und Handelsstandes um fünf beschlossen. Trotz dieses Anklammerns an die bewährten Sicherheitsvorkehrungen hatte man es aber doch nicht gewagt, eine totale Erneuerung der zweiten Kammer vorzunehmen, man entschloß sich zu dem eigenthümlichen Experimente, einen Theil der Kammer nach andern Wahlgrundsätzen erwählen zu lassen, als die sind, nach denen die Wahl der übrigen Mitglieder erfolgte. So steht denn in diesem Jahre die Wahl eines Drittels der zweiten Kammer und der fünf neuereirten Vertreter des Handels- und Fabrikstandes bevor.

Bereits seit Monaten war von manchen Seiten die Mahnung zur Bildung einer Fortschrittspartei erhoben worden, die hervorragenden Mitglieder der liberalen Parteien näherten sich zu vertraulichen Besprechungen, und der Entschluß, nunmehr ans Werk zu gehn, wurde gefaßt. Die Elemente, welche sich in Sachsen für eine derartige Parteibildung vorfinden, sind eigenthümlicher Art. Sachsen ist das Land der politischen Extreme; seine constitutionelle Ent-

wickelung ist aus dem Ständelandtag in den sogenannten Unverstandslandtag, und später, aus Anlaß der deutschen Frage, wieder in den Ständelandtag gefallen, und so haben denn in Sachsen immer nur Conservative in des Wortes verwegenster Bedeutung und Demokraten recht gedeihen wollen. Die liberale Partei hat numerisch nie über große Kräfte zu gebieten gehabt. Von den Demokraten hat sich ein Theil dem Nationalverein angeschlossen, ein anderer Theil ist großdeutsch geblieben. Von den Letzteren hat wieder ein Theil sich den Demokraten des Nationalvereins genähert, während ein anderer Theil sich die widerliche Aufgabe gestellt hat, zum Vortheile des Herrn v. Beust und der Reaction die liberalen Elemente des Landes mit Noth zu bewerfen, dann gelegentlich wieder radicale Phrasen zu dreschen, neuerdings sogar mit Herrn Lassalle schön zu thun. Die Lage der Dinge in Preußen hat namentlich in den mittlern und kleinern Städten den Großdeutschen wieder viele Anhänger zugeführt. Man beurtheilt ja dort so leicht die Dinge nicht nach dem innern zwingenden Gedanken, sondern nach dem nächsten Erfolge, und so heißt es denn auch: „Die preußische Spitze hat Fiasco gemacht, man muß daher einen andern Weg ergreifen“. Als ob die preußische Spitze je gewählt worden wäre wegen der Vortrefflichkeit der preußischen Regierung, und als ob nicht für die preußische Spitze in Preußen jetzt eine gründlichere Radicaleur vorgenommen würde, als sich noch vor wenig Jahren hoffen ließ. Bei der Bildung der neuen Partei handelte es sich nun darum, inwieweit eine Vereinigung der alten Parteien zu den neuen Zielen möglich sei. Eine Basis der Annäherung hatte zum Theil schon früher der Nationalverein geboten, dem die Liberalen neueren Datums meist sich angeschlossen haben; es galt nun, auch für die innern Fragen eine Annäherung zu gewinnen. Die Lethargie, in welcher sich das politische Leben Sachsens seit dreizehn Jahren befunden hatte, war dem Heranwachsen neuer Kräfte hinderlich gewesen, und so sind es im Wesentlichen noch die alten Persönlichkeiten, welche maßgebend sind. Wohl mag es Manchen darunter bei sämtlichen Parteien schwer geworden sein, die Erinnerungen der früheren Jahre zu vergessen und mit den Gegnern von ehemals sich auf engem vaterländischen Gebiete die Hand zum Bunde zu reichen; allein solche persönliche Stimmungen mußten überwunden werden. Daß es an den Hekern nicht fehlte, die wieder das alte Kunststückchen gebrauchten, jeder Partei zu sagen, sie werde von der andern mißbraucht, verstand sich von selbst. Sachlich bedurften namentlich zwei Punkte einer reiflicheren Prüfung: einmal wie verhielt sich die Einigung behufs gemeinschaftlichen Vorgehens in sächsischen Dingen zu der nationalen Frage, und sodann, welche Stellung hatte die Partei zu den Verfassungsvorgängen Sachsens von 1850 zu nehmen? In der ersten Beziehung fragte sich darum: sollten sich sämtliche liberalen Parteien zusammenthun, um zunächst in Sachsen die Garantien des Rechts und der Freiheit erhöhen zu helfen, um sodann auf dieser gewon-

nenen Grundlage die nationale Frage zum Austrage zu bringen, oder mußte die Partei gleich jetzt eine ganz bestimmte Stellung zur deutschen Frage nehmen? Der ersteren Auffassung schienen sich namentlich die demokratischen Führer zuzuwenden, während die letztere Ansicht besonders von den Mitgliedern der liberalen Partei zur Bedingung der Verständigung gemacht zu werden schien. Das Erstere versprach ohne Zweifel einen nächsten größeren Erfolg, und wenn es daher nur darauf ankam, liberale Abgeordnete in die zweite Kammer zu bringen, so verdiente dies unbedingt den Vorzug. Allein darauf kam es doch wohl nicht an. Sachsen erfreut sich im Ganzen nicht der ungünstigsten innern Verhältnisse; freilich halten sich fast alle seine inneren Einrichtungen in einer gewissen liberalen Halbheit, es sind sogar viele der wesentlichsten Bedingungen gesicherter Freiheit gar nicht vorhanden, allein die gesetzlichen Grundlagen gewinnen ja erst ihren Charakter durch den Geist der Verwaltung, und in dieser Beziehung weiß Herr v. Beust den Leuten nicht allzu unbequem zu werden und insbesondere den Verhältnissen Rechnung zu tragen. So lange daher im Allgemeinen die Stimmung liberalisirend ist, so werden auch in Sachsen die fehlenden Garantien der Freiheit weniger hart empfunden, und tritt ein allgemeiner Rückschlag ein, nun so bietet das Jahr 1850 gewisse Beispiele, wie man sich mit Errungenschaften abfinden kann. Ueberhaupt aber ist es namentlich für die mittleren Staaten unendlich wichtig, sich endlich einmal des Unterschiedes zwischen Zweck und Mittel vollkommen bewußt zu werden; und liberale Einrichtungen haben in diesen Staaten nur Werth, insofern sie als Mittel der Einigung der Nation zu Gute kommen, und wiederum der Werth dieses Mittels nimmt ab mit jeder Quadratmeile Landes, welche der betreffende Staat weniger zählt. Man erträgt es von Preußen schon schwer genug, wenn dort die liberalen Parteien ihre ganze Aufmerksamkeit dem inneren Kampfe um die Aufrechterhaltung der Staatsverfassung zuwenden, und das deutsche Volk hat es nach und nach zu würdigen gelernt, daß die deutsche Frage dort vorläufig in Ruhe gelassen wird; weiß es ja doch den ungeheuern Vortheil zu schätzen, den eine parlamentarische Regierung in Preußen dem deutschen Vaterland bringen muß, und darf es doch überzeugt sein, daß die würdige Lösung dieser Frage die Lebensaufgabe und Lebensbedingung jeder liberalen Regierung in Preußen bleiben muß. Anders in den übrigen Staaten. In Bayern hat man unter dem Druck der neuen preußischen Aera das Manoeuvre verstanden, einen gewissen Liberalismus zu pouffiren, welcher sich lediglich als Stütze des Particularismus erwies; dieses Beispiel hat neuerdings in Hannover Nachahmung gefunden, und Herr v. Beust würde um diesen Preis gewiß zu allen liberalen Concessionen die Hand bieten; er würde gewiß selbst die ständische Vertretung opfern, wenn er gewiß wäre, in der deutschen Frage freie Hand zu behalten. Hierzu aber hieß es die Hand bieten, wenn man eine

liberale Coalition ohne deutsches Programm schloß. Allerdings wäre wohl das Maß des sächsischen Liberalismus etwas über das der Herren v. Lerchenfeld, Weis und Consorten hinausgegangen, aber die sächsische Kammer zum Tummelplatz liberaler Abgeordneter verschiedenen deutschen Bekenntnisses gemacht, dies würde dazu führen, daß das minder Wichtige, wiederum wie vor 1848, für das Wesentliche gehalten, und das Eine, was noth thut, der Aufmerksamkeit der Abgeordneten und des Volkes entrückt würde. In Sachsen ist es aber vor Allem nöthig, daß dieses Eine fest und unverrückt den Leuten vor die Augen gehalten werde, daß sie es sich nicht mehr aus dem Sinne schlagen dürfen, daß sie anfangen darüber zu grübeln, daß sie sich der harten Alternativen, die darin enthalten sind, immer deutlicher bewußt werden, und daß der Gegenstand politischen Denkens endlich zur Herzenssache wird, der sie Tag und Nacht nicht verläßt. Hierzu kommt, daß auf keine Weise ein rascher Erfolg sich erwarten läßt. Dafür hat schon die Partialerneuerung gesorgt; die Eifersucht der jetzt vertretenen Stände, insonderheit der Rittergutsbesitzer und Bauern, die Eitelkeit der durch den Bezirkszwang in die Höhe pouffirten Localgrößen sind zu stark, als daß die neugewählten liberalen Männer, in Verbindung mit den bereits in der Kammer befindlichen wenigen liberalen Männern, denen bei der düsteren Schilderung unserer Zustände im Allgemeinen eine warme Anerkennung nicht versagt sei, auf Erfolg in wesentlichen Dingen, namentlich bezüglich der Wahlreform, hoffen dürften. Muß man aber einmal auf nächstliegende Erfolge verzichten, dann ist um so weniger Grund vorhanden, in jener Cardinalfrage, der deutschen Frage, lag zu sein, der Frage, welche allein der neuen Parteidbildung vollen geistigen Inhalt und politische Berechtigung geben kann, mit der man allein den vollen Gegensatz zum Ministerium Deust zum Ausdruck bringen kann.

Dies führt uns zu dem zweiten Punkte, welchen wir oben als einer reiflichen Prüfung bedürftig bezeichneten, wir meinen damit die Competenzfrage. War es bisher der einzelnen Person überlassen geblieben, sich mit seinem Gewissen betreffs dieser Frage abzufinden, so war es nun bei der Bildung einer neuen Partei unbedingt nothwendig, zu der Frage, inwieweit man unsern jetzigen staatlichen Zuständen, namentlich dem auf dem Verordnungswege wieder eingeführten alten Wahlgesetze sich unterwerfe, eine bestimmte Stellung einzunehmen. Daß man, wenn man nicht überhaupt auf jede politische Betheiligung verzichten wollte, sich dem factisch Bestehenden fügen mußte, darüber war wohl kein Zweifel vorhanden. Es fragte sich nur, ob man sich gegen die Anerkennung durch einen Protest verwahren und sich so gewissermaßen die Liquidirung des Anspruchs in meliorem fortunam vorbehalten, oder ob man den Kampf ohne Weiteres auf den gegebenen Grundlagen aufnehmen sollte. Die Meinungen in dieser Beziehung theilten sich nicht nach den vorhandenen Par-

teiuunterschieden, und mancher Demokrat hatte die Genugthuung, sich hier von einem Liberalen überholt zu sehen. Die Leiter überzeugten sich bald, daß eine scharfe Betonung des Rechtspunktes nothwendig auch eine Enthaltung von der Wahl oder doch von den Verhandlungen der Kammer bedinge, und das konnte man doch unmöglich wollen. Man mußte sich daher klar werden, ob man länger passiv bleiben wolle oder nicht, eine Auffparung der Rechtsfrage auf bessere Zeiten barg entweder eine politische Muthlosigkeit oder eine übelanstehende Mentalreservation in sich. Das Programm durfte daher nichts enthalten, was das Gewissen der Leute zu einer rechtlichen Anerkennung verband, aber es mußte auch die factischen Zustände als Basis der politischen Thätigkeit annehmen. — Vor Allem aber hatte man Ursache, vorsichtig zu sein. § 47 des neuen Wahlgesezes lautet: „Jede Wahl soll lediglich aus der freien Ueberzeugung der Wählenden hervorgehen. Wer auf solche durch Drohungen, falsche Vorspiegelung, Geschenke oder Versprechungen einzuwirken suchen sollte, verliert für immer das Recht zu wählen oder gewählt zu werden. Gegen die Entscheidung der betreffenden Regierungsbehörde steht eine Berufung an die betreffende Kammer zu.“ Bei einer solchen Bestimmung handelt es sich lediglich um die Frage, wie groß ist der Druck der öffentlichen Meinung, die Regierung und die Kammern an der Achtung politischer Gegner zu verhindern; denn unter „falsche Vorspiegelung“ und „Versprechung“ läßt sich wohl so ziemlich Alles bringen, was ein Candidat seinen Wählern sagen kann, und was der herrschenden Partei nicht gefällt. Die öffentliche Meinung aber hat in Sachsen nicht viel von „großer Kühnheit“ aus alten Mähren zu sagen, und so gilt es nach den Waffen sich einzurichten, die den politischen Gegnern zu Gebote stehen. — Auf dieser adoptirten Grundlage wird es nun Aufgabe der Gewählten sein, den vollen sittlichen und rechtlichen Gegensatz zwischen denen zum Ausdruck zu bringen, welche sich dem Bestehenden fügen, und denen, welche den neuen Gesezesboden durch Verordnung schufen, und welche ihn ohne Recht und Mandat anerkennen halfen. Man kann mit den Dingen Frieden schließen, mit den Personen nie! Und der Friede mit den Dingen kann nur soweit gehen, daß man eben die Basis adoptirt, aber sie ist mit zwingender Nothwendigkeit sofort zu verwenden, um sie umzubilden, und so wird denn der Ruf: Wahlreform, sich bei jedem Landtage wiederholen, bis den materiell unerläßlichen Forderungen in dieser Beziehung Genüge geschehen ist. Daß die Position: Wahlreform daher auch in das Programm der Fortschrittspartei an hervorragender Stelle aufzunehmen sei, war von vornherein selbstverständlich.

In Betreff des übrigen Inhalts des Programms war von einem hervorragenden Abgeordneten der demokratischen Partei eine Grundlage durch Aufstellung von neunundzwanzig Reformbedürfnissen gegeben worden. Dieselbe war mit großer Gesezeskenntniß auf durchaus positiver Basis und mit der

anerkanntswürthesten Mäßigung ausgearbeitet; allein es zeigte sich doch das Bedürfnis, mit möglichst kurzem Programm vor das Volk zu treten, und sich dabei dem Verständniß desselben anzupassen. Daher wurde das Programm auf acht Punkte beschränkt, welches den Freunden des Fortschritts in einer nicht öffentlichen Versammlung am 25. April d. J. vorgelegt wurde. Das Programm ist inzwischen veröffentlicht worden, und dürfen wir dasselbe als bekannt voraussetzen. Die Debatten der Versammlung drehten sich hauptsächlich um die beiden oben bezeichneten Punkte, die Kompetenzfrage und die deutsche Frage. Beides ist in einem Sinne gelöst worden, den wir oben vertreten haben. Es ist unsere innige Ueberzeugung, daß damit ein wichtiger Schritt zur Klärung der politischen Verhältnisse in Sachsen geschehen ist. Indem sich die liberale Partei auf den Standpunkt bundesstaatlicher Einigung Deutschlands gestellt, hat sie die Verpflichtung übernommen, für die Verwirklichung dieses Programms mit allen gesetzlichen Mitteln zu wirken, und so ist denn endlich die Beschäftigung mit der nationalen Sache in Sachsen nicht mehr politische Liebhaberei, sondern anerkannte Pflicht. Damit hat sie zugleich den Anknüpfungspunkt wiedergewonnen, wo die Reaction ihre Hebel angelegt. Auch in Sachsen hat man um der deutschen Frage willen Gesetze durch Verordnungen beseitigt, und in der deutschen Frage allein winkt der liberalen Partei endlicher Sieg. — Der Kampf freilich wird oft ein heißer sein; die liberale Partei wird vielleicht lange Zeit die Rolle einer geschmähten Minorität im Ständesaale zu spielen haben, vielleicht aber auch nicht; das hängt eben von der deutschen Frage und was dasselbe ist, von der preußischen ab! Herr v. Beust soll sich über Herrn v. Bismarck vergnügt geäußert haben: „er macht uns das Regieren leicht.“ Wir meinen vielmehr, daß er es Herrn v. Beust schwer machen wird, und das ist nicht so sehr unser Wunsch, der könnte uns nicht gestattet sein, als unsere feste Ueberzeugung! — Das sächsische Volk wird nun nicht eine Probe politischer Bildung zu geben haben — woher sollte die ihm kommen! — aber Beweise, daß es zu erkennen vermag, was ihm Noth thut, und daß es den festen und beharrlichen Willen hat, dies auf gesetzlichem Wege zu erreichen. Möge es diese Probe bestehen. Der Fortschrittsverein ist jedenfalls ein freudig zu begrüßender Anfang, und wir hoffen zuversichtlich, daß er seine Schuldigkeit thun werde.